


ALBERTO ACOSTA
ULRICH BRAND

RADIKALE ALTERNATIVEN

Warum man den Kapitalismus
nur mit vereinten Kräften
überwinden kann

A smaller version of the oekom logo, consisting of the stylized 'o' and the text 'oekom'.

Alberto Acosta, Ulrich Brand

Radikale Alternativen

Warum man den Kapitalismus nur
mit vereinten Kräften überwinden kann

ISBN 978-3-96238-014-4

192 Seiten, 13 x 20,5 cm, 16,00 Euro

oekom verlag, München 2018

©oekom verlag 2018

www.oekom.de

Kapitel 1

Der Kapitalismus – eine unhaltbare Lebensweise

Der globale Kapitalismus durchlebt gegenwärtig eine multiple Krise.¹ Bereits seit Längerem breitet sich diese Krise über alle Kontinente aus. Sie hat dabei viele Gesichter, die aber miteinander verbunden sind. Nie zuvor haben sich so viele kritische Aspekte gleichzeitig gezeigt, die sich nicht nur auf den Finanz- und Immobiliensektor beziehen. Die Krise manifestiert sich durch eine Art »mutierten Virus«² längst auch in anderen Bereichen: in der Politik, Ethik, im Sozialen, in Fragen der Ökologie und Energie, der Lebensmittelproduktion und selbstverständlich der Kultur. Zusätzlich erleben wir auch eine ideologische Krise. Joseph Stiglitz, der 2001 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt, sah sie bereits am Vorabend der Krise von 2008 voraus, als er sagte: »Die meisten individuellen Fehler gehen auf einen einzigen zurück: den Glauben daran, dass die Märkte sich von selbst regeln und dass die Rolle der Regierung eine geringe sein sollte.«³

Der Kapitalismus ist nicht fähig, großen Bevölkerungsgruppen ein gutes und attraktives Leben zu garantieren.

In solchen Zeiten der wiederkehrenden Krisen zeigt sich immer mehr, dass der Kapitalismus nicht fähig ist, großen Bevölkerungsgruppen ein gutes und attraktives Leben zu garantieren.⁴ In Europa dominieren als Folge der Krise, die im Jahr 2008 begann, die Austeritätspolitiken und setzen sich sogar in Ländern durch, die sich zunächst dagegen gewehrt hatten (wie zum Beispiel Griechenland). In vielen der Länder wächst der Zuspruch für die extreme Rechte und ihre fremdenfeindlichen Diskurse. Dieser Trend hält an, ja er vertieft sich sogar – Donald Trumps Wahlsieg in den Vereinigten Staaten bestätigt diese

These. Angesichts des weltweiten Rechtsrucks wird es immer dringender, radikale Alternativen aufzustellen, deren Durchführbarkeit sich im politischen Kampf herauskristallisieren muss.

Vor einigen Jahren tauchten in mehreren lateinamerikanischen Ländern »progressive« Regime als Alternative zum Neoliberalismus auf (der in einigen Ländern mit konservativen Regierungen dennoch fortbesteht). Doch hat sich diese Alternative, bei allen Unterschieden, mittlerweile in eine Art modifizierten Neoliberalismus verwandelt, indem Elemente eines harten Neoliberalismus vom lateinamerikanischen Progressismus instrumentalisiert werden. Die neoliberale Politik wird durch ebenjenen starken Staat durchgesetzt, den die progressiven Parteien wieder eingeführt haben. Um diesen Zusammenhang zu erkennen, genügt ein Blick darauf, wie aggressiv der Staat in einigen lateinamerikanischen Ländern eingreift, um den Ausbau und die Vertiefung des Extraktivismus in einem Maße voranzutreiben, der von früheren neoliberalen Regierungen nie erreicht wurde.

Zusammengefasst sind all diese Beispiele ein klares Indiz einer tiefen und langen Krise des Kapitalismus als vorherrschende Zivilisationsform. Es finden sich mehrere Hinweise darauf, dass die aktuelle Krise nicht konjunkturbedingt oder klein und deshalb auch nicht mit den bestehenden Institutionen und Konstellationen zu lösen ist. Sie ist eine große Krise, die eine tief gehende Umstrukturierung erfordert. Aber wie wird es nun weitergehen? Befinden wir uns derzeit in einer Phase der Transformation oder, um es mit Antonio Gramsci zu sagen, in einem *Interregnum*, einer Übergangszeit: »Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren«?⁵ Sind wir mitten in einer neuen Krise der Überproduktion und der finanziellen Blasen, weil die Möglichkeiten fehlen, das Kapital anzulegen

und zu verwerten? Ist es eine letzte Krise des Neoliberalismus oder sogar eine existenzielle Krise des Kapitalismus?

Diese Fragen sind Gegenstand zahlreicher kontroverser Debatten. Und da die Krise sehr komplex ist, sind es die möglichen Lösungen auch. Es ist noch nicht klar, inwieweit die Wirtschaftskrise in eine politische Krise umschlägt, die den Staat an sich infrage stellt. Was beobachtet werden kann, ist eine intensive Diskussion über die vorwiegenden Formen der kurzfristigen konjunkturellen Krisenbewältigung wie etwa Sparprogramme sowie über ihre internationale Dimension – die Rolle Chinas und anderer seit Kurzem industrialisierter Länder zum Beispiel.

Wenn wir akzeptieren, dass es sich um eine Zivilisationskrise handelt, ist zu ihrer Überwindung eine wesentliche Transformation unumgänglich. Viele Beiträge zur aktuellen Debatte um Transformation beziehen sich auf Karl Polanyi, der brilliant den Aufstieg des industriellen Kapitalismus analysierte.⁶ Doch die aktuellen Beiträge meinen eine notwendige und wünschenswerte Transformation. Polanyi wollte in seiner Studie aber etwas anderes verstehen, was ziemlich aktuell ist: Warum kommt es in der Krise des liberalen Kapitalismus unter anderem zum Aufstieg des Faschismus als »Gegenbewegung« gegen die »Marktgesellschaft«, die ihre eigenen natürlichen und sozialen Grundlagen zerstört?

Uns geht es in diesem Buch um etwas anderes: nämlich um eine progressive, emanzipatorische, sozial-ökologische Transformation, von der wir nicht genau wissen, wie sie funktioniert. Doch das Bewusstsein, dass solch eine Transformation notwendig ist, wächst weltweit. Einerseits besteht die Aufgabe darin, bestehende Transformationsprozesse im Norden und Süden miteinander zu verknüpfen. Andererseits muss definiert werden, wo die Transformationen der gegenwärtigen sozialen und institutionellen Strukturen beginnen sollen – und wer sich dessen annehmen soll oder annehmen muss. Was zu

tun ist und wie es zu tun ist, ist der Schlüssel, um herauszufinden, wer sich der Aufgabe annehmen sollte.

In Teilen der Transformationsdebatte geht es in normativ-strategischer Absicht primär darum, einen Weg aus der multiplen Krise zu finden, vor allem aus einer Perspektive der sozial-ökologischen Transformation.⁷

Das Bewusstsein, dass eine emanzipatorische, sozial-ökologische Transformation notwendig ist, wächst weltweit.

Denn vor dem Hintergrund jüngerer Krisenpolitiken zeigt sich immer mehr, dass die gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften unfähig sind, mit den aktuellen Krisen und vor allem mit der ökologischen Krise angemessen umzugehen.

Es ist aber auch so, dass bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften sich aufgrund von immanenten Dynamiken wie Konkurrenz und Expansionslogik, Widersprüchen, Konflikten und sozialen Krisen fortwährend selbst transformieren und nach dem Anspruch, immer mehr Kapital anzuhäufen, neu anordnen. Diese an sich problematische Tatsache könnte, richtig genutzt, auch einen Ansatzpunkt darstellen, um progressive Strategien zu fördern. Der Schlüsselfaktor ist, diese Bewegungen zu verstehen und Vorschläge zu entwerfen, die sich auf die momentane Situation beziehen, aber – darauf bestehen wir – ohne die gesamte Struktur aus den Augen zu verlieren.

Eine Gefahr für die so notwendigen Transformationen ist fehlgeleitete »Donquichoterie« (Marx).⁸ Analytischer Idealismus und politischer Voluntarismus führen tendenziell in Sackgassen, das hat die Vergangenheit zur Genüge gezeigt. Es muss genau geprüft werden, ob die materiellen Bedingungen für die verschiedenen Alternativen zum Kapitalismus ausreichend vorhanden sind. Darauf zu hoffen reicht nicht aus. Dennoch kann auch Idealismus erfolgreich sein: Wenn die gesellschaftlichen Akteure eine Situation als real definieren, wird sie es in der Konsequenz auch sein (auch wenn sie ursprünglich

nicht real war), denn es werden Prozesse ermutigt, die Veränderungen anstoßen.

Wir brauchen Strategien, die notwendige und vor allem realisierbare Transformationen ermöglichen. Denn bei aller Dringlichkeit ist es wichtig, sich klarzumachen, dass sich weder die Gesellschaften noch die Welt von einem Tag auf den anderen verändern werden. Darüber hinaus werden nicht alle radikalen Veränderungen gleichzeitig stattfinden können, und es wird Unterschiede in den Regionen und bei der Schnelligkeit der Umsetzung geben, genau wie in den verschiedenen Bereichen, etwa dem staatlichen und dem wirtschaftlichen Bereich oder spezifischer: bei den Lebensmitteln, beim Wohnraum, der Kommunikation und Mobilität, der Kleidung etc.

Bei aller Dringlichkeit muss man sich klarmachen, dass sich die Welt nicht von einem Tag auf den anderen verändern kann.

So ist die Lösung der unmittelbaren Probleme, die sich aus der multiplen Krise ergeben, dringend und zugleich sehr komplex. Flicken reicht nicht aus; ebenso wenig wie es ausreicht, die Wirtschaft durch größere Nachfrage und zunehmende öffentliche Investitionen anzukurbeln, wie es in anderen (Wirtschafts-)Krisen geschehen ist. Kurzfristige Antworten müssen sicherlich auch eingesetzt werden – aber immer unter Berücksichtigung der strukturellen Herausforderungen und der mittel- und langfristigen Ziele.

Für eine »gute Konjunktur« muss eine solide strukturelle Basis geschaffen werden, um die vielen miteinander verknüpften Herausforderungen zu meistern, die die Menschheit – auf sehr unterschiedliche Weise in sowie zwischen den verschiedenen Klassen und Geschlechtern – und den Planeten selbst bedrohen. Wenn man lediglich versuchen würde, den produktiven Apparat, der ausschließlich den großen Unternehmen riesige Geldsummen zuführt, zurückzugewinnen und das Wirtschaftswachstum, das durch finanzielle Ungleichgewich-

te Einbußen davontrug, wieder anzuheben, ohne die Produktions- und Verbrauchsmuster oder die bisher verwendeten Technologien zu verändern, würden sich andere, immer dringlichere Probleme verschlimmern, und die Ungerechtigkeit und Ungleichheit würde sich verstärken. Diese dringlichen Probleme betreffen die Umwelt, die Energie, die Ernährung sowie die sozialen Probleme, die daraus entstanden sind. Den verlorenen Pfad wieder aufzunehmen und darauf zu vertrauen, dass alles zur alten Ordnung zurückkehrt, kann nicht die Lösung unserer Probleme sein.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Aufmerksamkeit nicht allein auf der Konjunktur liegen kann. Es wird immer wichtiger, sich mit den Strukturen auseinanderzusetzen – und das erfordert eine umfassende Vision und Zeit, in der sie reifen kann. Diese Aufgabe kann nicht nur eine Aufgabe einzelner Regierender sein oder nur weniger Erleuchteter. Weltweit müssen heterogene Räume geschaffen werden, in denen diese Probleme ausführlich diskutiert werden und in denen Alternativen gefördert und Vereinbarungen gefunden werden, um sie zu verbreiten und gleichzeitig neue zu fördern. Wir müssen die Basis des Systems tief greifend verändern und letztlich überwinden. Man könnte diese Bewegung anstoßen, indem man sich die derzeitigen Konjunkturschwierigkeiten zunutze macht und auch die relative Schwäche der Weltzentren der Macht – vor allem die mit dem Finanzmarkt-Kapitalismus einhergehenden Unsicherheiten, die den Kern der gegenwärtigen Krise synthetisieren.

Der Wandel wird nicht stattfinden, wenn wir darauf warten, dass die Industrieländer handeln, die im Wettbewerb mit den Schwellenländern (vor allem den BRICS-Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) stehen und sich dabei auf weltweit agierende wirtschaftliche und politische Organisationen wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds

und die Welthandelsorganisation stützen. Um ein Nachdenken voranzutreiben und zu aktivieren, muss man sich mit den Thesen jener beschäftigen, die hoffen, dass die Dinge bald zur »Normalität« zurückkehren.

Der Wandel wird nicht stattfinden, wenn wir nur darauf warten, dass die Industrieländer handeln.

»Der Wolf kommt« – wie in der Fabel mit dem Hirtenjungen und dem Wolf wurde schon oft das Ende des Kapitalismus angekündigt, und bisher ist es nie eingetreten. Und dieses Mal? Es kann sein, dass es auch dieses Mal nicht so weit kommt – dass es Kräfte gibt, die versuchen, das System wiederherzustellen, auch wenn es dadurch immer autoritärer und faschistischer wird. Denn die herrschenden Klassen tendieren in Krisen dazu, auf materielle Zugeständnisse und demokratische Einhegung ihrer Macht zu verzichten. Gemeinsam mit Parteien und anderen politischen Kräften tendieren sie zu autoritären Lösungen und bieten diese den unteren Klassen über rassistische und ausgrenzende Diskurse an. In Zeiten der Krise werden die unteren (Mittel-)Schichten unzufriedener, haben Abstiegsängste und folgen teilweise diesen autoritären Angeboten. Mehr noch: Jene Mittelschichten, die in Boomphasen aufgestiegen sind, grenzen sich nun nach »unten« oder nach »außen« ab und verteidigen ihre Position. Diese Entwicklung kann zurzeit in großen Teilen Europas und Lateinamerikas beobachtet werden.

Wenn der Kapitalismus entgegen aller Vernunft weiter an der Macht gehalten wird, befindet sich das System irgendwann auf einem Weg ohne Rückkehr – was keineswegs heißt, dass das, was kommt, zukunftsgerichtet ist. Ganz im Gegenteil, das Kommende würde dann eine andere, neue Form der Barbarei darstellen. Um so einen humanitären Rückschritt zu verhindern, sind tief greifende Lösungen erforderlich, damit große politische, soziale und ökologische Zusammenbrüche ver-

mieden werden können, die in den verwundbareren Gebieten der Erde bereits zu spüren sind. Die immer hektischere Suche des Kapitals nach Verwertungsmöglichkeiten führt zu großen Investitionen in Regionen mit großen Bodenschätzen – und dort zu ökologischer und sozialer Zerstörung. Selbst wenn wir annehmen sollten, dass das Schlimmste der gegenwärtigen Finanzkrise in kurzer Zeit überwunden wäre (was nicht der Fall sein wird), müssen wir uns also eine andere Welt vorstellen, denn nur wer »sich andere Welten vorstellt, [verändert] am Ende auch diese«.⁹

Insbesondere seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise vor zehn Jahren hat sich in Europa die Diskussion um Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus intensiviert. In Lateinamerika schien diese Diskussion, zumindest in den Ländern mit progressiven Regierungen, nach der neoliberalen Krise der 1990er-Jahre überwunden zu sein; zurzeit verstärkt sie sich aber wieder angesichts der »Ermüdung« des progressiven Zyklus und der erneuten konservativen Welle, die teilweise von den progressiven Regierungen selbst angetrieben wurde. Krisen, das muss festgehalten werden, treten nicht überall gleichzeitig ein, sondern breiten sich mit verschiedenen Geschwindigkeiten aus. Stärker als früher nehmen sie heutzutage ihren Ausgang in den Metropolen des Kapitalismus und breiten sich von dort in die Peripherien aus.

Diese Situation allein ist Grund genug, nach grundlegenden Alternativen zu suchen, die nicht nur die neoliberale Phase des Kapitalismus hinterfragen, sondern auch den Kapitalismus insgesamt kritisieren.

Innerhalb der vielfältigen emanzipatorischen Transformationsdebatten der letzten zehn Jahre haben sich zwei Diskussionsstränge als besonders vielversprechend herauskristallisiert:

- die Diskussion um Degrowth (englisch: *degrowth*, französisch: *décroissance*, italienisch: *decrecita*) – auch Post-

- wachstum genannt –, die in verschiedenen Industrieländern, aber vor allem in Europa geführt wird
- und die Debatte um den Post-Extraktivismus, die in Lateinamerika und in anderen Regionen der unpassenderweise so genannten »unterentwickelten Welt« geführt wird. Der Begriff entstammt den Debatten über die Postentwicklung und ist eng verbunden mit jenen um »Buen Vivir« (»Gutes Leben«).

Beide Ansätze sind auch insofern interessant, als sie an unsere momentane Gesellschaft, die dort gemachten positiven wie negativen Erfahrungen der Menschen, anschließen. Denn jede emanzipatorische Transformation muss, will sie erfolgreich sein, von bestehenden Situationen und Erfahrungen ausgehen, um diese Schritt für Schritt zu transformieren, ohne dabei die andere Welt, die entstehen soll, aus den Augen zu verlieren. Insofern erscheint es angemessen, Degrowth ganz ausdrücklich auch als *Postwachstum* zu verstehen, weil sich politische Vorschläge für Veränderungen mit den für viele Menschen ja durchaus positiven Erfahrungen des Nachkriegskapitalismus (Fordismus) auseinandersetzen müssen. Zu den positiven Erfahrungen zählen Massenproduktion und -verbrauch, hohe Beschäftigung über Erwerbsarbeit, wachsende Einkommen und für viele gesicherte Arbeitsverhältnisse, Konsum, Planbarkeit, Anstieg des Wohlstands und ein mehr oder weniger funktionierender Sozialstaat. Diese Erfahrungen haben die kollektive Vorstellungswelt für eine solide Basis des Status quo geprägt, und sie hat eine starke kulturelle Reichweite. Deshalb muss die Suche nach Alternativen sich aktiv mit den vom Fordismus geschaffenen Strukturen auseinandersetzen, ihnen die Stirn bieten und eine andere attraktive Produktions- und Lebensweise schaffen.

Der Begriff des *Post-Extraktivismus* (und eben nicht *Anti-extraktivismus*) verweist seinerseits darauf, dass es aktuell in

Lateinamerika – in einer höchst ambivalenten Konstellation – durchaus positive Erfahrungen im Kampf gegen Hunger und Armut in allen Ländern der Region gibt, unabhängig davon, ob sie eine neoliberale oder progressive Regierung haben. In Ländern mit einer progressiven Regierung gelang dies zwar auch durch eine Zurückdrängung des Neoliberalismus und eine Stärkung des Staates. Aber bei beiden Regierungsformen erklären sich die Verteilungsspielräume im sozialen Bereich weitgehend durch die hohe Nachfrage und Preise nach Rohstoffen, die durch den Export große Einnahmen erwirtschafteten; ein Phänomen, das nach Maristella Svampa¹⁰ auch als »Rohstoffkonsens« bekannt ist. Wenn der Fordismus dazu beigetragen hat, die kulturellen Grundlagen dessen zu vermitteln, was als eine imperiale Lebensweise definiert werden könnte, dann hat sich der Extraktivismus mit seinen jahrhundertalten Wurzeln in Lateinamerika so eingenistet, dass man, bildlich gesprochen, sagen könnte, in seinen Gesellschaften existiere, beginnend mit den Eliten, eine Art extraktivistisches Erbgut.

Allerdings erscheinen die gesellschaftlichen Fortschritte während des Rohstoffbooms, da sie die Strukturen des Neo-Extraktivismus kolonialen Ursprungs und den Kapitalismus an sich nicht infrage stellen, unzureichend und sind nicht nachhaltig.¹¹ Was in Ländern mit progressiven Regierungen geschah, wie in Venezuela, Ecuador, Argentinien, Brasilien und Bolivien, bestätigt diese These. In diesen Ländern haben die progressiven Regime den Extraktivismus nicht nur bestätigt, sondern vertieft.¹² Und als hätte dies nicht gereicht, kehrte man sogar wieder zum (offenen oder versteckten) Neoliberalismus zurück, indem – wie bereits weiter oben erwähnt – die wiedergewonnene Stärke des Staates ausgenutzt wurde.¹³

Bisher werden Degrowth und Post-Extraktivismus sowie die damit verbundenen Erfahrungen und Strategien kaum auf-

einander bezogen. Das ist erstaunlich, da die beiden Diskurse eng miteinander verwoben sind, denn das, was sie problematisieren – die imperiale Produktions- und Lebensweise im globalen Norden und zunehmend im globalen Süden sowie den Extraktivismus, der vor Hunderten von Jahren im globalen Süden einsetzte und von der Nachfrage im Norden abhängt –, entstammen derselben Logik. Nicht mehr nur die dominante Elite im Süden, sondern ein wachsender Teil der Mittelschichten strebt nach und lebt die imperiale Lebensweise, was in einer verarmten Welt zu sehr schwierigen und komplexen gesellschaftlichen sozialstrukturellen Implikationen führt. Das Festhalten an dieser Produktions- und Lebensweise ist daher ein zentrales Hindernis für beide Alternativen.

Bisher werden Degrowth und Post-Extraktivismus kaum aufeinander bezogen.

Mit diesem Buch möchten wir die Möglichkeiten eines gemeinsamen Dialogs aufzeigen, mit dem Ziel, die aktuelle Welt besser zu verstehen und Alternativen vorzuschlagen, die gemeinsame Elemente haben können. Ein solcher gemeinsamer Dialog hängt davon ab, wie die Fragen angegangen werden und wie die Brücken gebaut werden – damit echte gesellschaftliche Veränderungen erforscht, analysiert und diskutiert und damit internationale politische, sozioökonomische und kulturelle Zusammenhänge und Umstände verändert werden können.

Zunächst wollen wir dazu die unterschiedlichen zeitgeschichtlichen Kontexte der Regionen, aus denen die Vorschläge Post-Extraktivismus und Degrowth kommen, skizzieren. Anschließend werden die zentralen Elemente der Konzepte erkundet: Wie sind sie entstanden, welche Strukturen wollen sie ändern, welches Gesellschaftsbild haben sie vor Augen? Im Weiteren wollen wir zwischen den beiden Ansätzen »Resonanz schaffen«:¹⁴ einen freundschaftlichen Dialog erzeugen und später die gegenseitigen Impulse definieren und stärken. Dadurch

sollen die jeweiligen Stärken und Schwächen beleuchtet und Weiterentwicklungen der Konzepte angeregt werden.

Mit diesem Ansatz wollen wir die Diskussion um Alternativen zu den dominierenden wirtschaftlichen und politischen Paradigmen, insbesondere den neoliberalen und neoextraktivistischen, anfeuern.